



## Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

### Rede zum Antrag der GRÜNEN: Humanitäres Totalversagen vor den Toren und im Herzen Europas

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4408  
Fax: (0211) 884-3677  
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 27.01.2020

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

wir haben hier im September in einer Aktuellen Stunden über die Situation in Moria debattiert. Heute kommt die Situation in Bosnien-Herzegowina hinzu. Das sind Zustände, die uns nicht kalt lassen dürfen. Die Zustände auf den griechischen Inseln waren und sind mit europäischen Standards und Werten nicht vereinbar. Und auch die Situation in den bosnischen Lagern, direkt vor der Haustüre der Europäischen Union, ist nicht hinnehmbar.

Wir wissen, dass Bosnien-Herzegowina nicht das reichste Land Europas ist und zudem politisch nicht das stabilste. Hier werden interne Machtkämpfe auf dem Rücken von Schutzbedürftigen ausgeübt. Die Europäische Union kann und sollte ihre Unterstützung anbieten. Hier kann, darf und sollte auch die Bundesregierung nicht einfach nur zusehen. Der für humanitäre Hilfe zuständige Bundesaußenminister fällt derzeit aber eher mit innen- und gesundheitspolitischen Äußerungen auf.

Was die kaum verbesserte Situation in Griechenland betrifft, ist für uns ganz klar: Wir brauchen endlich ein tragfähiges europäisches Asylsystem, in dem jeder seine Verantwortung übernimmt.

Es gibt Berichte von mehr als 15.000 Push-Backs an der Grenze durch kroatische Sicherheitsorgane wie auch über Push-backs vor den griechischen Inseln. Das ist illegal und nicht zu akzeptieren – und ein weiterer Grund, warum wir endlich ein EU-Grenzmanagement benötigen, dass europäisches Recht dann auch einhält.

Wir müssen einerseits den effektiven Schutz der EU-Außengrenzen gewährleisten und damit ungesteuerte Migration verhindern. Wir sollten aber andererseits auch die betroffenen Staaten am Mittelmeer dadurch entlasten, dass Schutzsuchende in einem zügigen und geregelten Verfahren in andere EU-Mitgliedstaaten gebracht werden.

Nordrhein-Westfalen steht jedenfalls zu seiner Verantwortung, das hat diese Landesregierung, das hat unser Flüchtlingsminister Dr. Joachim Stamp immer wieder betont. Nordrhein-Westfalen hat bereits im letzten Jahr seine Bereitschaft erklärt, weitere rund 1.000 schutzbedürftige Personen aufzunehmen. Wir müssen handeln, wenn wir menschlich bleiben wollen.

Aber Sie wissen so gut wie ich, dass am Ende nicht die Landesregierung, sondern die Bundesregierung über die Aufnahme entscheidet. Ansonsten wäre das grün-regierte Baden-Württemberg doch sicherlich bereit, mehr als nur 85 Menschen aus den griechischen Lagern aufzunehmen.

Wir müssen den Menschen vor Ort helfen. Wir müssen Unterkünfte schaffen, denn es kann nicht sein, dass die Menschen auf der Straße leben und schlafen müssen. Soforthilfe vor Ort könnte durch den Einsatz des Technischen Hilfswerks oder von NGOs unterstützt werden. Wir müssen aber auch besonders schutzwürdige Menschen herausholen und deren Asylverfahren ergebnisoffen abschließen.

Die Europäische Union und Deutschland sind gefragt zu handeln. Nordrhein-Westfalen war und ist bereit seinen Teil der Verantwortung zu übernehmen. Das haben wir von Anfang an klar und deutlich gesagt. Da brauchen wir keine Nachhilfe seitens der Grünen. Wenn die 11 Landesregierungen mit grüner Beteiligung proportional so viele Menschen aufnehmen würden, wie wir in NRW dazu bereit sind, hätten wir schon viel erreicht. Von Herrn Kretschmann habe ich da noch nichts Entsprechendes vernommen.

Das Bündnis „Sichere Häfen“ sehen wir zudem kritisch. Aufnahmen von Geflüchteten können aus rechtlichen und praktischen Gründen nicht in eigener Verantwortung der Kommunen erfolgen. Der Prozess der Aufnahme von Geflüchteten erfordert eine Koordination durch den Bund. Dabei sollte sich Bundesinnenminister Horst Seehofer besser mit den Ländern abstimmen.

NRW kann die Probleme nicht alleine lösen, das kann nur ein abgestimmtes Vorgehen von Bund, Ländern und auf europäischer Ebene.

Vielen Dank!